

154

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

AN
M

der GemeinderätInnen Mag.^a Nicole Berger-Krotsch, Peter Florianschütz, MA, MLS, Mag. Marcus Gremel, Marina Hanke, BA und Safak Akcay (SPÖ) sowie Mag.^a Ursula Berner, Nikolaus Kunrath und Dr.ⁱⁿ Jennifer Kickert (GRÜNE) betreffend **Einberufung Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED)** eingebracht zu Post 1 in der Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 30.6.2020

In den letzten Tagen mussten wir wiederholt gewalttätige Übergriffe einer Gruppe von Extremisten und Extremistinnen in Wien erleben. Hierzu ist klar festzuhalten: Egal ob Hitlergruß oder Wolfsgruß, gewaltbereite nationalistische und rechtsextreme Ideologien sind brandgefährlich und haben in unserer Stadt nichts verloren. Wer verbotene Symbole zeigt, wer Menschen angreift, muss rechtsstaatlich verfolgt werden. Für Gewalt in unserer Stadt gilt: Null Toleranz!

Klar ist, dass das man solchen demokratiefeindlichen Tendenzen nur mit gemeinsamen Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene begegnen kann.

Daher wurde im Jahr 2017 auf Wiener Initiative - und nach Vorbild unseres Wiener Netzwerks Demokratiekultur und Prävention - das bundesweite Netzwerk für Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) gegründet und im Jahr 2018 als erster wichtiger Schritt eine gemeinsame Strategie gegen Extremismus beschlossen.

Die Stadt Wien hat mit Maßnahmen wie einem dichten Netz an Jugendarbeit, präventiven Schulprogrammen wie z.B. Respekt - Gemeinsam Stärker oder auch Integrationsprogrammen für Neuzugewanderte mit Orientierungs- und Wertekursen, Deutschkursen, Bildungsmaßnahmen etc. viel Präventionsarbeit gemacht und macht sie weiter.

Gerade angesichts der jüngsten Vorkommnisse ist es noch notwendiger, dass auch im Bereich des BNED die beschlossene Strategie gegen Extremismus mit Leben erfüllt wird. Im neuen Türkis-Grünen Regierungsprogramm findet sich ein Bekenntnis zum umfassenden Ausbau von Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen und ein Aktionsplan gegen Rechtsextremismus und gegen den religiös motivierten politischen Extremismus.

Leider sind aus der gemeinsam erarbeiteten Bundesstrategie gegen Extremismus unter der schwarz-blauen Bundesregierung trotz mehrfachem Drängen der Stadt Wien nie konkrete Maßnahmen abgeleitet worden.

Es ist höchst an der Zeit, dass das Bundesnetzwerk die inhaltliche Arbeit wieder aufnimmt und Maßnahmen wie die im Regierungsübereinkommen vereinbarte unabhängige und wissenschaftlich institutionalisierte Dokumentationsstelle für Islamismus und Rechtsextremismus und ein Ausstiegsprogramm für extremistische Personen unverzüglich umgesetzt werden.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions) Antrag

Der Wiener Gemeinderat fordert den Bundesminister für Inneres auf, unverzüglich eine gemeinsame Sitzung des Bundesnetzwerks für Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) einzuberufen, um im Sinne der Kooperation und in Zusammenarbeit aller relevanten Stakeholder und Stakeholderinnen Maßnahmen gegen Extremismus in Österreich zu setzen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, am 30.6.2020

Reide Begen-Kole
Hans J.
Wolfgang

